

Manfred Wirtitsch

Politische Bildung und Schulentwicklung

Die aktuelle Situation für den Gegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ in der AHS bedeutet ohne Zweifel eine weit reichende Krise, verschärft durch Stundenreduktionen („Wochenstundenentlastung“), Budget- und Personalverknappung.

Die Notwendigkeit, Zugänge zum Gegenstand, didaktische Ansätze und Lehrstoffinhalte tw. völlig neu, jedenfalls aber über bewährte Erfahrungen und/oder Traditionen und Gegenstandsgrenzen hinaus denken zu müssen, ist drängender denn je.

Mit der Entscheidung des Nationalrates im Juni 2001, auch in der AHS „Politische Bildung“ im Rahmen eines Pflichtgegenstandes zu verankern, wurde zwar ein jahrzehntelanges Defizit beseitigt und Politische Bildung in allen Schultypen ab der 9. Schulstufe verankert, jedoch das Ministerium, die SchulbuchautorInnen und vor allem die AHS-SchulhistorikerInnen in mehreren Phasen vor gänzlich neue Herausforderungen gestellt:

- 2001: der Gegenstand wurde ohne Übergangsfristen beschlossen, trat somit unverzüglich in Kraft; die Servicestelle Politische Bildung wird gegründet;
- 2002: der Lehrplan musste durch das BMBWK erst erarbeitet werden, trat 2002 in Kraft und bedeutete eine Neugestaltung des Gegenstandes „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ für die gesamte Oberstufe;
- 2003: aufgrund des späten Lehrplans und der Einreichfristen lagen erst 2003 die ersten approbierten Schulbücher für den Gegenstand in der Oberstufe vor.

Die Verknüpfung von Politischer Bildung mit Geschichte folgte einerseits historischen Linien durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und der daraus resultierenden Einsicht zur Notwendigkeit der Demokratieerziehung, andererseits der häufig zitierten und bewährten Praxis, dass „guter Geschichtsunterricht immer auch Politische Bildung beinhaltet“.

Die Lehrplangestaltung verfolgte drei wesentliche Ziele:

Mit der Definition von Bildungs- und Lehraufgaben einen engen und starken Bezug zum Unterrichtsprinzip „Politische Bildung“ herzustellen und gleichzeitig ein österreichzentriertes Bild von Geschichte und Politik zur europäischen und globalen Geschichte und Politik in Beziehung zu setzen.

Der Abschnitt Didaktische Grundsätze gibt den Lehrpersonen Hilfestellung und Anregungen zur Unterrichtspraxis. Damit einher ging eine bewusste Abkehr von vorhandenen traditionelleren Vorstellungen der Geschichtsvermittlung (Universalgeschichte; „großer Bogen der Geschichte“; erster Durchgang Unterstufe, zweiter Durchgang Oberstufe, etc.) hin zum themen- und handlungsorientierten exemplarischen Unterricht, der den SchülerInnen Lebens- und Gestaltungskompetenzen vermitteln soll.

Demokratiezentrum Wien

Onlinequelle: www.demokratiezentrum.org

Printquelle: Abstract des Referats auf der Tagung *Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich*. Konferenz am 28. und 29. April 2005 in Wien, veranstaltet vom Demokratiezentrum Wien im Auftrag des bm:bwk

Die Lehrstoffverteilung gibt zwar inhaltliche und zeitliche Orientierung, ist aber in diesem Umfang so nicht bewältigbar. Das heißt, dass neue zielorientierte und didaktische Zugänge erforderlich sind (zB reflektiertes Geschichtsbewusstsein; Geschichte und Politische Bildung als Chance), die Aus- und Fortbildung weiter entwickelt werden muss und Bildungsstandards im Gegenstand zu entwickeln wären. Die Anforderungen an die Oberstufe verlangen faktisch auch das Überdenken der Geschichtsdidaktik in der Unterstufe bzw. Hauptschule.

DAS ZUKUNFTSMINISTERIUM

bm:bwk